



Demokratie-Report 01/2019

Werte Kollegen der Programmatik, liebe Freunde der Demokratie,

vor Ihnen liegt der erste „Demokratie-Report“, eine kurze Replik über aktuelle Ereignisse und Gedanken zum Thema **Demokratie**.

1 Was ist der Zweck des Demokratie-Reports?

Zu all den Krisenmeldungen und Schreckensnachrichten, die täglich auf uns niederprasseln suchen wir Lösungen und Maßnahmen: Grenzschießung, Euro-Ausstieg, Familiensplitting und viele andere dringende und wichtige Forderungen zur Lösung der multiplen Krisen, die unser Land bedrohen.

Die Mutter aller Krisen

Leider vergessen wir jedoch oftmals die Wurzel allen Übels. Sämtliche Krisen wurden durch Fehlentscheidungen unserer Politiker verursacht. Doch die Fehlentscheidungen der politischen Klasse sind nicht das **originäre** Problem. Der Knackpunkt ist, dass Politiker wie Angela Merkel sich mit ihren fatalen Fehlentscheidungen einfach so durchsetzen können. Am Parlament vorbei, unter Bruch des Grundgesetzes, unter Missachtung europäischer Verträge. Das ist der Kern des Übels. In einer funktionierenden Demokratie wäre das nicht vorstellbar:

Die Mutter aller Krisen ist unser mangelhaftes politisches System, unsere mit Mängeln behaftete Demokratie.

Der Demokratie-Report soll dazu beitragen, dass wir im politischen Alltagsgeschäft den Fokus nicht verlieren. Brennpunkt all unserer politischen Ziele muss die Optimierung unserer Demokratie sein.

2 Die „optimale“ Demokratie?

‘Many forms of Government have been tried, and will be tried in this world of sin and woe. No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed it has been said that democracy is the worst form of Government except for all those other forms that have been tried from time to time....’

Winston S. Churchill, 11 November 1947

Im ersten Demokratie-Report erscheint es sinnvoll, die Grundzüge einer „optimalen“ Demokratie zu erläutern, mit einem besonderen Augenmerk auf das Verständnis und die Forderungen der AfD zum Thema.

Die AfD hat in den Fachausschüssen wenig Zeit mit den Fiktionen utopischer Demokratie-Modelle verbracht. Aus gutem Grund. Visionäre Gesellschaftssysteme funktionieren gewöhnlich nur in der Theorie. Wir sind Realisten und konzentrieren uns vielmehr auf

bewährte und funktionierende Systeme der praktischen Wirklichkeit. Unser Blick richtet sich deshalb häufig gen Schweiz. Das Demokratie-Modell dieses außergewöhnlichen Staates ist der Nährboden der eidgenössischen Erfolgsgeschichte.

Erfolgsmodell Schweiz

Das politische System der Schweiz zeichnet sich durch eine uneingeschränkte direkte Demokratie, einen umfassenden Föderalismus, einer klaren Gewaltenteilung und einer weltweit einzigartigen Kollegialexekutive aus; in Kombination mit dem schweizerischen Anspruch individueller Freiheit und einer selbstverständlichen Bereitwilligkeit zum Konsens¹.

Jedes dieser Kennzeichen Schweizer Demokratie bedarf einer Erläuterung, denn auch hier entscheidet das Detail über Erfolg und Misserfolg. Die Elemente des Schweizer Erfolgsmodells werden denn auch regelmäßig Teil des Demokratie-Reports sein.

Demokratie in Deutschland – Guter Ansatz mit schwerwiegenden Mängeln

In Fachkreisen längst bekannt: Deutschland ist kein demokratisches Musterland. Die politischen Irrwege der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass kleine Mängel einer beinahe perfekten Verfassung fatale Folgen haben können. Die Systemfehler unserer Demokratie und deren Behebung werden selbstredend Hauptbestandteil des Demokratie-Reports sein.

3 Korruption in Deutschland

Der aktuelle Demokratie-Report dreht sich um das Thema Korruption.

„Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“²

Korruption verursacht enormen wirtschaftlichen Schaden. Das Bundeskriminalamt beziffert den monetären Schaden der **aufgedeckten** Korruptionsfälle des Jahres 2017 auf 290 Milliarden Euro, eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) summiert den **Schaden durch Korruption auf 412 Milliarden Euro** (2017)³.

Insbesondere führt Korruption auch zu einem hohen gesellschaftlichen Schaden. Sie wird von den Bürgern als Staatsversagen wahrgenommen und erodiert das Vertrauen in die Politik.

Korruption (lat. „Verderbtheit“) wird oftmals als neuzeitlicher moralischer Verfall bezeichnet. Sie ist jedoch „so alt und vielfältig wie die Menschheit“⁴. In der praktischen Staatstheorie sollte man Korruption deshalb vor allem als symptomatische Erscheinung malader Demokratien betrachten. Sie sprießt besonders gut bei fehlender Transparenz und Gewaltenteilung.

4 GRECO Bericht über Korruptionsbekämpfung stellt Deutschland vernichtendes Urteil aus

Die GRECO, eine Organisation des Europarates zur Bekämpfung der Korruption hat diese Woche sehr deutlich den Finger in die offene Wunde gelegt. Die „Staatengruppe gegen Korruption“ hat ein Verstoßverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

¹ Der korrekte Begriff wäre hier das eher in Fachkreisen geläufige Wort „Konkordanz“:

Das Streben nach gütlichem Einvernehmen, die proportionaler Machtteilung und die friedliche Lösung von Konflikten. Adrian Vatter „Das politische System der Schweiz“

² Definition nach „Transparency International“

³ Siehe IW Studie vom 13.08.2019:

<https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/dominik-h-enste-18-prozent-umsatzverluste-433986.html>

⁴ Prof. Dr. Ulrich von Alemann, Philosoph und Politologe

Korruption in Deutschland – Die Heuchelei des Oberlehrers

Der „Zweite Umsetzungsbericht Deutschland“⁵ zur Korruptionsprävention in Bezug auf Abgeordnete, Richter und Staatsanwälte wirft Bundesregierung und Bundestag vor, die seit Oktober 2014 mehrmals angemahnten Empfehlungen zur Korruptionsbekämpfung in Deutschland „insgesamt sehr gering“ umgesetzt zu haben. Mit einer schallenden Ohrfeige gesellt sich Deutschland zu den – von den deutschen Regierungspolitikern nicht selten oberlehrerhaft gescholtenen – Demokratie Nachsitzern wie Weißrussland und Ungarn.

Von den acht Empfehlungen der GRECO hat Deutschland lediglich drei zufriedenstellend, drei teilweise und zwei Empfehlungen überhaupt nicht umgesetzt. Das vernichtende Urteil des GRECO Umsetzungsberichts bestätigt das Urteil renommierter Parteienkritiker und die Kritik der AfD:

Die Korruptionsprävention in Deutschland, insbesondere im Deutschen Bundestag, erfüllt nicht die international anerkannten Standards. Die deutsche Bundesregierung und das Machtkartell der Parteien zeigen kein Interesse an einer ernsthaften Bekämpfung der Korruption.

Als wesentliche Unzulänglichkeiten werden aufgeführt:

- Die Regelungen zur Eindämmung der Beeinflussung der Abgeordneten und der parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren sind weiterhin unzureichend.
- Die Verhaltensregeln für Abgeordnete, insbesondere die Offenlegung von Interessenskonflikten sind ungenügend.
- Es gibt keine geeigneten Maßnahmen um die (ohnehin unzureichenden) Verhaltensregeln der Abgeordneten zu überwachen oder durchzusetzen.
- Die Transparenz und Kontrolle der Nebentätigkeiten von Richtern sind unzulänglich.
- GRECO kritisiert – oftmals auch außergewöhnlich direkt – das allgemeine Desinteresse „der Behörden“, sprich Bundesregierung und Parlament, an der Umsetzung der Empfehlungen zur Bekämpfung der Korruption.

Auf der nächsten Seite finden Sie die Kritikpunkte in einer detaillierten Zusammenfassung, die Originaltexte zum Download finden Sie in der Fußnote⁵.

Details zum GRECO Bericht „GrecoRC4(2019)17“ vom 12.08.2019

- 1) Regeln zum Lobbyismus und der Parlaments-Beeinflussung unzureichend umgesetzt
Einige der Bedenken von GRECO blieben völlig außer Acht gelassen. Die Problematik des Auslagerns der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, die späte Veröffentlichung von Gesetzesentwürfen und das Fehlen eines verpflichtenden Lobbyregisters werden aufgeführt.
- 2) Interessenskonflikte der Abgeordneten werden nicht offengelegt
Die Verhaltensregeln für Abgeordnete lassen zu wünschen übrig. Es gibt in Deutschland keine Regelung oder Veröffentlichung möglicher Konflikte zwischen privaten Interessen der Abgeordneten in Bezug auf deren parlamentarische Tätigkeit. Der Bericht weist darauf hin, dass es zweieinhalb Jahre nach der Annahme des Mängelberichts keinerlei Fortschritte gibt.

⁵ Link zum Originalreport (Englisch): <https://rm.coe.int/grecoRC4-2019-17-final-eng-germany-2ndrc-public/168096b92c>
Deutsche Übersetzung des BMJV: <https://nextcloud.afd.online/index.php/s/G9GdCsHJGbCeI22>

- 3) Unzureichende Regelungen bezüglich Interessenskonflikte bei Unternehmensbeteiligungen und Verbindlichkeiten für Abgeordnete und deren Familienangehörige. Der Bericht weist darauf hin, dass Deutschland die Empfehlung von GRECO mit dem Hinweis zurückgewiesen hat, die Forderung verstoße gegen das Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention. GRECO bedauert im Punkt 22 des Berichts ausdrücklich, dass die rechtsgutachterliche Stellungnahme des Bundestags offensichtlich nicht mit dem Ziel erstellt worden wäre, legale Lösungen für die Vorschläge zu suchen, sondern eher um eine Rechtfertigung der Ablehnung. Das ist harter Tobak und bestätigt die Dringlichkeit der AfD Forderungen bezüglich Nebentätigkeiten und Selbstbereicherung von Abgeordneten!
- 4) Deutschland hat keine geeigneten Maßnahmen getroffen, um die Verhaltensregeln für Bundestagsabgeordnete zu überwachen und durchzusetzen. Die einzige der GRECO gemeldete Maßnahme zu dieser Reklamation war die Erhöhung der Mitarbeiterzahl der Bundestagsverwaltung – um eine Person bis zum Ende 2019. Die GRECO Autoren ließen es sich denn auch nicht nehmen, diese ungeniert fadenscheinige Aktivitäten-Gaukelei wie folgt zu kommentieren: „Obwohl wir [GRECO] dieser Initiative zustimmen, können wir nicht einmal eine teilweise Umsetzung erkennen, da wir einen breiteren Ansatz für mögliche Reformen des Verwaltungs-kontrollsystems erwartet hatten.“ Germany: 0 Points.
- 5) Die Transparenz und die Kontrolle der Nebentätigkeiten von Richtern sind weiterhin unzureichend. Lediglich am Bundesverfassungsgericht wurden entsprechende Verhaltensleitlinien eingeführt, welche Regelungen bezüglich Nebentätigkeiten der Verfassungsrichter und deren Veröffentlichung enthalten. Der Bericht führte weiterhin an, dass **ein** Bundesgericht nach einem kritischen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zumindest die Kontrolle der Nebentätigkeiten seiner Richter erhöht hat.

Anmerkung: Der Bundesrechnungshof hatte die Nebentätigkeiten von Bundesrichtern gerügt⁶. Der Umfang der Nebentätigkeiten gefährde die Leistungsfähigkeit der Senate. Nach einer Abfrage des Magazins Wirtschaftswoche⁷ sind bei den Bundesrichtern Nebentätigkeiten geradezu selbstverständlich. Beim Bundesfinanzhof gingen 97 Prozent, beim Bundesarbeitsgericht und beim Bundessozialgericht gingen 100 Prozent der Richter Nebentätigkeiten nach. Im Durchschnitt verdienten die Richter jährlich bis zu 28.200 Euro pro Kopf (BFH) nebenher!

Bemerkung des Autors: Es ist widersinnig, weshalb Richter, mit einem Jahreseinkommen von regelmäßig über 100.000 Euro, bei der Regelung von Nebentätigkeiten nicht ebenso (strikt) behandelt werden sollen wie Beamte. Die umfangreichen Nebenbeschäftigungen von Richtern passen auch gar nicht zum allgemeinen Bild der überlasteten Justiz.

⁶ <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bundesrechnungshof-bundesrichter-nebentaetigkeiten-ruege/>

⁷ <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/arbeitsmarkt-grossteil-der-bundesrichter-haben-nebentaetigkeiten/9682680.html>